



ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das
Präsidium des NationalratesDr Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	5 GE 9 SP
Datum:	1 1. SEP. 1989
Verteilt	15.9.89

H. Hajek

Ihre Zeichen

-

Unsere Zeichen

AM-AIV-2611

Telefon (0222) 501 65

Durchwahl 2294

Datum

7.9.89

Betreff:

Überlegungen zur Verankerung der Umkehr der
Beweislast für die Beschäftigung von Aus-
ländern im Ausländerbeschäftigungsgesetz;
Stellungnahme

Der Österreichische Arbeiterkammertag übersendet 25 Exemplare seiner Stellungnahme zu dem Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen Information.

Der Präsident:

25. 10. 89

Der Kammeramtsdirektor:

iA

*Anders*Beilage

**ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG**

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Telefon (0222) 501 65

Datum

35.401/5-2/89

AM-ALV/MagDsch/Win/2611

Durchwahl

2294

31.8.89

Betreff:

Überlegungen zur Verankerung der Umkehr der
Beweislast für die Beschäftigung von Aus-
ländern im Ausländerbeschäftigungsgesetz;
Stellungnahme

Der Österreichische Arbeiterkammertag begrüßt die vorliegende Gesetzesinitia-
tive, womit einem Wunsch der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer Rech-
nung getragen wird. Der vorgeschlagene Text des neuen § 28 Abs 3 AuslBG
und die Erläuterungen hiezu reichen aber nicht aus, die gesamte Palette der
Möglichkeiten abzudecken. Zum einen sollte in den Erläuterungen klargestellt
werden, daß als Betriebsgelände in diesem Zusammenhang jede Art von Ar-
beitsstelle, also auch jede Baustelle anzusehen ist. Darüber hinaus sollte aber
auch ein vom Arbeitgeber zur Verfügung gestelltes Quartier erfaßt sein,
wobei man sicherlich eine Regelung finden wird, die zwischen Besuch und
Aufenthalt differenziert.

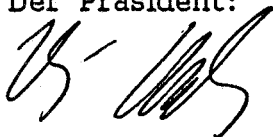
Der Österreichische Arbeiterkammertag möchte jedoch darauf hinweisen, daß
dieser legislative Schritt allein sicher nicht ausreicht, um die illegale Be-
schäftigung von Ausländern erfolgreich unterbinden zu können. Um die
Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in lohn-, arbeits- und

- 2 -

sozialrechtlicher Sicht, die Gefährdung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der österreichischen Arbeitnehmer und die Beitrags- und Abgabenhinterziehung in diesem Zusammenhang hintanzuhalten, bedarf es in der Praxis verstärkt koordinierter Aktionen aller betroffenen Verwaltungsstellen der Arbeitsmarktverwaltung, Arbeitsinspektion, Krankenversicherungsträger sowie der Finanz- und Bezirksverwaltungsbehörden. Ein möglicher Lösungsansatz wäre die Schaffung einer Koordinierungsstelle mit entsprechenden Kompetenzen als Anlaufstelle für Anfragen, Hinweise, Mitteilungen und Anzeigen, die aber auch Betriebs- und Baustellenüberprüfungen durchführen und die notwendigen verwaltungsstrafrechtlichen Schritte einleiten kann, um der aus der Aufgabenzersplitterung resultierenden Gefahr der Verfolgungsverjährung entgegenzuwirken.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird daher ersucht, sowohl mit den betroffenen Bundesministerien als auch den Ländern Kontakt aufzunehmen und zu prüfen, inwieweit die geltende Rechtslage eine solche Vorgangsweise ermöglicht bzw welche legislatischen Schritte erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

